

Eintreten gegen Sozialabbau & FPÖ

Der Rechtsruck in Österreich und der Aufstieg der FPÖ haben eines deutlich gemacht: Es fehlt eine politische Alternative zur Politik der Großen Koalition und den rechtsextremen Freiheitlichen. Für uns bedeutet die „neue Situation“, dass eine neue ArbeiterInnenpartei – gegen Sozialabbau und FPÖ – aufgebaut werden muß.

Franz Breier jun.
SOV-Wien Mitte

Seit den Wahlen ist ein Bruch in der österreichischen Gesellschaft spürbar. Nicht nur der Erfolg der FPÖ steht im Vordergrund, sondern vor allem die Ablehnung dieser Bedrohung.

**Große Koalition:
Keine Alternative**

Eine Fortsetzung der bisherigen SPÖVP-Koalition wäre ein nur kurzes Zwischenspiel, geprägt durch weiteren Sozialabbau und rechter bürgerlicher Politik. Eine Einbindung der FPÖ und ihrer Positionen durch die SPÖ und vor allem ÖVP ist in jedem Fall zu erwarten. Die Große Koalition hat Haider erst wirklich groß werden lassen: Verbitterung macht sich breit, wenn vom erfolgreichen österreichischen Weg gesprochen wird, während bis zu 1.500.000 Menschen an und unter

der Armutsgrenze leben. Das Fehlen einer politischen Alternative von links erlaubt es, dass sich die radikalste Unternehmer-Partei FPÖ als „neue Arbeiterpartei“ proklamieren kann.

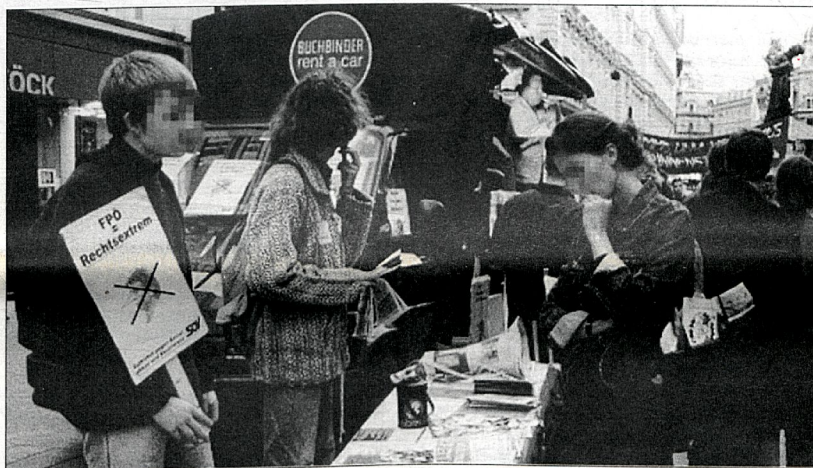
FPÖ ist radikale Fortsetzung der Sparpolitik

Das politische System befindet sich nicht nur im Umbruch, sondern auch in einer tiefen Krise.

Das prägende Element der kommenden Jahre ist im Gegenteil zu früher: Instabilität! Von der Stoßrichtung in Sozial- und Wirtschaftspolitik einer künftigen Regierungslinie wird es keine grundsätzlichen Differenzen zwischen SPÖ, ÖVP und FPÖ geben (siehe Seite 2). Sparpakete in der Größenordnung der beiden letzten und darüber hinaus und eine weitere Umverteilung nach oben sind zu erwarten. Unterschiedlich sind nur Geschwindigkeit und Methoden, mit denen weitere Angriffe umgesetzt werden sollen. Der FPÖ als radikalster Unternehmerpartei kommt die Funktion des „Eisbrechers“ zu: Sie verbindet zugespitzten Sozialabbau mit rassistischen und rechtspopulistischen Parolen; sie ist der Garant für die extreme Fortsetzung von Sparpaketen und ausländerfeindlichen Gesetzen der letzten Jahre. Und sie steht gleichzeitig wie keine andere Partei für rassistische und polizeistaatliche Konzepte.

SPÖ wird nicht nach links gehen!

Manche hoffen, dass sich die SPÖ in dieser Situation nach links bewegt – vor allem wenn sie in die Op-



position muß. Doch – alle Anzeichen und (internationalen) Erfahrungen sprechen dagegen: Als Nachfolger für Klima werden die am rechten Parteirand stehenden Herren Karl Schlögl und Michael Häupl gehandelt. Selbst „Linksblinker“ Hans Sallmutter (GPA) meinte, gegen die „Ausgrenzung“ der FPÖ im ÖGB und für die Aufnahme einer freiheitlichen Fraktion in die Gewerkschaften zu sein. Und das, nachdem die FPÖ mehrmals erfolglos versucht hat, den ÖGB durch die Gründung einer eigenen „Gewerkschaft“ (FGÖ) zu spalten.

International gibt es kein Beispiel einer sozialdemokratischen Partei, die wegen schlechter Wahlergebnisse nach links gegangen wäre. Wie alle sozialdemokratischen Parteien ist auch die SPÖ in den 80er und 90er Jahren weit nach rechts getriftet – sie wurde zu einer bürgerlichen Partei, die ihre traditionellen Wurzeln verloren hat. Dieser Rechtsruck hinterließ ein großes Vakuum in der ArbeiterInnenklasse. Anders als in den meisten Staaten Europas nutzte neben der „Partei der NichtwählerInnen“ nur die FPÖ die Wut über Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit. Wir halten diese Entwicklung aber nicht für ein Naturgesetz. Denn die Bildung einer neuen Partei, die Ju-

gendliche, ArbeiterInnen, Arbeitslose und PensionistInnen wirklich vertritt, könnte einen Ansatz bieten, um dem Aufstieg der FPÖ den Wind aus den Segeln zu nehmen: Deshalb steht die SOV für das Projekt der Bildung einer neuen ArbeiterInnenpartei links von SPÖ und Grünen im Vordergrund.

Potential für eine neue Partei

Rund ein Viertel aller NichtwählerInnen (ca. 300.000) haben deklariert sowohl gegen die Große Koalition als auch die blaue Scheinopposition „gestimmt“ – Das Fehlen einer linken Alternative könnte sich nicht deutlicher ausdrücken. Dazu kommen noch etliche „taktische“ Stimmenabgaben: Es gibt viele, die ohne Begeisterung eine Partei gewählt haben, um die FPÖ zu verhindern. Hier sehen wir das Potential für den Aufbau einer neuen Partei. Eine solche sozialistische Partei gibt es noch nicht. Die SOV ist die einzige Kraft, die dafür offensiv eintritt und versteht sich in diesem Sinne als konkretes Angebot. Unerschütterlich hierbei ist aber, dass jede und jeder Einzelne, selbst für unsere gemeinsame Zukunft aktiv wird!

Deshalb: Eintritt in die SOV und damit einen Tritt der FPÖ und ihrer Steigbügelhalter!

**12. November
Großkundgebung
gegen die FPÖ**

**15 Uhr Uni-Wien
16 Uhr Parlament
17 Uhr Stock im Eisen Pl.**

**Infos unter
01-524 63 10**

**Seite 2
Die Sparpläne der
Parteien**

**Seite 3
Hat der ÖGB noch
Zukunft?**

**Seite 4/5
Steht Österreich vor
dem Faschismus?**

**Seite 6
Das Jahrtausend der
Frauen**

**Seite 7
Pakistan
Irland**



Der Standpunkt

Er kam, nahm und siegte?

Frank Stronach kam, als reicher Onkel aus Amerika, wie einst Hans Moser im gleichnamigen Heimatfilm, der in meiner Kindheit zum Auswendiglernen im ORF wiederholt wurde. (Knapp hinter dem „Fürster vom Silberwald“). Was sah eigentlich Stronach als er begann in Österreich zu investieren? Warum begann er hier seine Geschäfte zu machen? Er sah eine politische Elite die neben reichlichen Subventionen und billigen Betrieben auch noch zu peinlichsten Unterwerfungsgesten bereit ist. Es blieb Lukas Resetarits, (neben dem Sturm-Trainer Osim einer der wenigen Intellektuellen dieses Landes) vorbehalten, das Stronach-Motto auf den Punkt zu bringen: „Ihr leckt mir die Füße, das mag ich, das sag ich euch gleich. Drum bleib ich hier, in Österreich. Und wenn ihr damit aufhört, da sag ich gleich das ich mich schleich, dann bin ich fort aus Österreich“.



Michi Gehmacher

Denn Frank Stronach hatte schnell verstanden das man in diesem Land nicht nur Bundesliga-Präsident werden kann, ohne vom Fußball auch nur die geringste Ahnung zu haben. Das es reicht mit den Millionen zu winken! Er hat ebenso rasch kapiert, dass es Altbundeskanzler gibt, die politisch „die Mauer machen“. Er hat gesehen das es Gewerkschafter gibt die den harten Mann spielen wenn es gegen die linke Opposition in den eigne Reihen geht, sich aber feig zurück ziehen, wenn es um seine Subventionen geht, dass es Intellektuelle gibt, die sich in jeder Fernsehdiskussion, mit drei ewig gleichen Phrasen von ihm übertölpeln lassen.

Stronach weiß, dass vor dem Gesetz alle gleich, seines Gleichen aber gleicher sind!

Womit er aber nicht gerechnet hat: dass es auch Frauen wie Sonja Eisner gibt, die bereit sind für Dinge die sie für „ihr Recht“ halten zu kämpfen z.B. in dem sie die Wahl eines Betriebsrates organisieren. „Wenn man so mit einem Unternehmen umgegangen wird das mehr als 8000 Mitarbeiter beschäftigt, könnte man hier nicht mehr investieren.“ (Stronach im NEWS Nr. 34) Abgesehen davon, dass diese 8000 Arbeitsplätze nicht von Magna geschaffen wurden, wirken solche Drohungen enorm. Und das wird Sonja Eisner in diesen Tagen besonders zu spüren bekommen. Da wird es vielleicht manche geben, die sich bemüßigt fühlen ihr den Rat zu geben, sich „auszahlen“ zu lassen „damit a Rua is“. Sonja Eisner hat jedenfalls angekündigt, wieder bei Magna arbeiten zu wollen.

Bravo!

Viele Menschen an der Gewerkschaftsbasis haben erkannt, dass mit dem Fall Stronach mehr, als eine Betriebsratswahl auf dem Prüfstein steht. Jene die ehrlich kämpfen wollen, sollten bedenken das man in so einem Fall sich nicht auf die juristische Ebene beschränken darf. Man muß sich in die Höhle des Löwen trauen! Es reicht nicht den Gewerkschaftssekretären die lästige Arbeit des Telefonierens mit Magna Mitarbeitern zu überlassen! ÖGB, MBE und GPA müssen endlich vor Ort Flagge zeigen! Mit Kundgebungen, Verteilaktionen in der Obersteiermark muß Menschen wie Sonja Eisner der Rücken gestärkt werden. Solche Menschen sind jetzt wichtiger als alles andere!

Der ÖGB hat immer noch mehr als eine Million Mitglieder!

Erfahrene Betriebsrätinnen und Betriebsräte können gegen Leute wie Stronach und den ehemaligen FPÖ-Star Grasser allemal profilieren! Millionen sind allemal noch stärker als Millionäre, der ÖGB muß nur versuchen sie zu mobilisieren! Sonst wird es einmal über Stronach heißen: Er kam, nahm und siegte!

Die SOV – Immer aktiv!

Jeden Montag wieder

Die SOV ist am Aufbau eines breiten Widerstands gegen die FPÖ beteiligt – war sie zunächst wochenlang die einzige linke Kraft in Österreich, die offensiv gegen Haider eintritt.

Laura Rafetseder
SOV Wien-Mitte

Sozialabbau zu kämpfen.

Wie polarisiert die Stimmung wirklich ist, zeigten die ersten Anti-Haider-Kundgebungen nach der Wahl – vor allem Jugendliche wollen etwas gegen Haider unternehmen: Hunderte verkaufte Zeitungen und jedesmal Dutzende Adressen von Menschen die jetzt aktiv werden wollen. Die SOV hat sich zum Ziel gesetzt diese Menschen – vor allem Jugendlichen – zu organisieren, gemeinsam mit ihnen gezielt Aktivitäten auf der Straße zu setzen.

Die Kundgebungen, die jeweils montags und freitags um 17 Uhr am

Die Sparpläne der Parteien

Die 3 Sparefrohs

Nach der Wahl 99 ist in allen Medien die große Frage wie die nächste Regierung aussehen wird. Die Situation scheint festgefahren: Die ÖVP kündigt an in Opposition gehen zu wollen und die SPÖ lehnt eine Koalition mit den Freiheitlichen ab. Doch bei näherer Betrachtung der Pläne der Parlamentsparteien können sich ArbeitnehmerInnen, sozial Schwache, Frauen und Jugendliche in jedem Fall „warm anziehen“.

Barbara Fröschl
SOV Wien-Nord

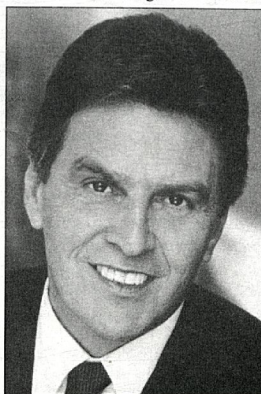
Die SPÖ bekennt sich weiter klar zur Budgetsanierung – das bedeutet nach übereinstimmender Meinung aller wichtigen Wirtschaftsforscher ein weiteres Sparpaket. Minister Schlegel hat eine weitere Reduktion der Zuwanderungsquote angekündigt. Diese beiden Eckpunkte einer zukünftigen SPÖ-Regierungspolitik liegen schon jetzt offen.

Die Pläne von ÖVP und FPÖ

Die ÖVP kündigte vor der Wahl an, sich nur an einer Regierung beteiligen zu wollen, wenn ihre zentralen Anliegen wie das Karenzgeld für alle, Einbindung in „das europäische Sicherheitssystem“ und weitere Kürzungen beim staatlichen Pensionssystem (z.B. durch Betriebspension und „Anreize zu einer privaten Altersversorgung“), umgesetzt würde. Mit der Einbindung in das europäische Sicherheitssystem meint die ÖVP einen Beitritt zur NATO, die einen Kriegsbund darstellt, der die Interessen der imperialistischen Großmächte verteidigt, wie sich zuletzt im Balkankonflikt gezeigt hat. Nicht einmal auf die Möglichkeit eines atomaren Erstschlages hat dieses Bündnis bis jetzt verzichtet. Das ÖVP Pensionsmodell geht – ähnlich dem der FPÖ – in Richtung von Privatisierung der Pensionsvorsorge. Das bedeutet besonders für KleinverdienerInnen massive Verschlechterungen.

Es ist anzunehmen, dass jede künftigen Regierungskonstellation versuchen wird, wesentliche Elemente dieser Forderungen umzusetzen. Gerade auch die SPÖ wird – wenn es um ihren Machterhalt geht – der Volkspartei hier weitgehend entgegenkommen.

Die FPÖ hat unmißverständlich klar gemacht, worum es ihr unmitteibar geht: Um die Beteiligung an der Macht. Es ist deshalb nicht zu erwarten, dass die FPÖ bei Kinderbetreuungsscheck, und Flat Tax zu keinen Kompromissen bereit wären. Doch die Vorschläge weisen deut-



Klima: Kein Anti-Haider

lich in eine Richtung: Der Kinderbetreuungsscheck, der in einzelnen Regionen von Kärnten schon Realität ist, geht noch weiter als das „Karenzgeld für alle“. Er stellt eine Geldleistung von monatlich 5700,- für das erste und 3000,- für das zweite Kind dar – im Austausch für Arbeitslosenversicherung, Kinderbeihilfe und Förderungszahlungen für Kinderbetreuungseinrichtungen. Wie Jörg Haider in einer Fernsehkonfrontation zu diesem Thema sagte sei es billiger wenn die Mütter zu Hause blieben und den Scheck bezögen als neue Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen, womit er selbst ziemlich eindeutig auf den Punkt bringt in welche Richtung dieser Scheck geht. Nämlich in die selbe wie „Ka-

renzgeld für alle“: Zurückdrängen der Frau in die Familie und Schließung staatlicher Betreuungseinrichtungen.

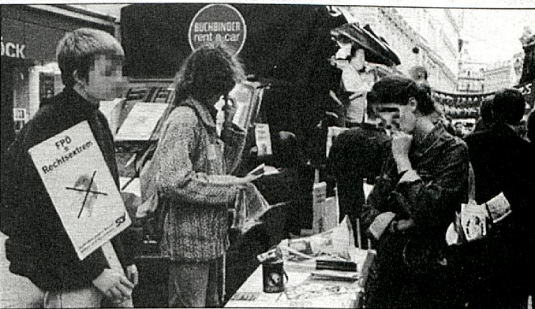
Die Flat Tax bedeutet eine massive Steuerbegünstigung für Reiche durch die Senkung der Spitzensteuersätze. SPÖ und ÖVP wollen hier die Unternehmer lieber durch die Senkung der Lohnnebenkosten beschenken.

Wie eine FPÖ AusländerInnenpolitik aussehen würde und schon aussieht hat der Wahlkampf ziemlich deutlich gemacht. Mit Hetzparolen wird gegen ausländische MitbürgerInnen vorgegangen ein Zuwanderungsstopp wird gefordert und NigerianerInnen werden pauschal als Drogendealer diffamiert. Herbert Scheibner, Klubobmann der FPÖ meinte zu diesem Thema im Profil vom 23. Oktober: „die Österreicher dürfen nicht Fremde in der eigenen Heimat sein. Wir brauchen einen Zuwanderungsstopp und eine Abschiebung illegaler und krimineller Ausländer.“ Das heißt die FPÖ will die ohnehin geringen Zuwanderungsquoten auf Null reduzieren und Integrationseinrichtungen schließen.

Ein Satz noch zu den Grünen: ÖVP Generalsekretärin Rauch-Kalal sieht zu ihren Positionen weniger Abgrenzungen als zur SPÖ! (vgl. profil 43/99)

Unser „Regierungsprogramm“

Jede zukünftige Regierung also bedeutet Sparpakete und Rechtsruck. Die SOV tritt demgegenüber nicht nur für einen radikalen Kurswechsel, sondern für eine völlig andere Politik ein: Wir fordern die Rücknahme aller Sparmaßnahmen, eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn auf 30 Stunden und öS 13.000,- Mindestlohn. Die Verwirklichung dieser Forderungen sind jene Mindeststandards die notwendig wären um Armut und Arbeitslosigkeit effizient zu bekämpfen.



SOV-Aktiven bei einer Anti-FPÖ-Kundgebung

ren Sie sich gegen Rechtsruck und Sozialabbau – es ist an der Zeit etwas zu tun.

**Kundgebung gegen die FPÖ jeden Montag 17 Uhr
l., Stock im Eisen Platz**

Auswirkungen der Privatisierung

Verluste bleiben öffentlich

Waren es am Anfang hauptsächlich Betriebe der „Grundstoff-industrie“, so sollen nun auch andere Unternehmen und soziale Einrichtungen privatisiert werden. In England fiel das unlängst durch das Eisenbahnunglück auf der privatisierten Bahn auf, dem 70 Menschen zu Opfer fielen.

Von David Mum
SOV Wien West

Unglücksursache war ein übersehenes Signal. An derselben Stelle überfuhren schon achtmal Züge ein rotes Signal. Eine Studie der Lokführergewerkschaft hat nun ergeben, dass in diesem Bahnhof 48% der Signale schlecht sichtbar sind. Der Sparpolitik der Regierungen und der Privatisierung wurde die Sicherheit der Kunden und des Personals geopfert.

Durch eine EU-Richtlinie soll nun überall der Eisenbahnverkehr liberalisiert werden, d.h. dass auch private Betreiber die Schienen benutzen dürfen. Es liegt aber in der „Natur“ dieser Transportart, nach einem zentralisierten, planvollen, staatlichen Betrieb zu verlangen, wie durch die Notwendigkeit eines einheitlichen Fahrplans und Betriebes.

Geschichte der Eisenbahn

Die Geschichte zeigt, dass privatkapitalistische Eisenbahnen nur die Ballungszentren verbunden haben. Entlegene Regionen wurden von

der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt, da der Betrieb nicht so hohe Gewinne für die Betreiber

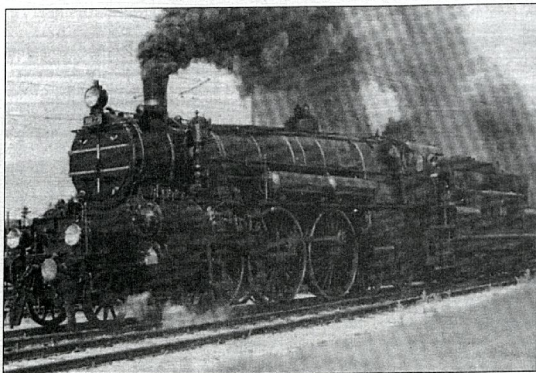
landwirtschaftliche, Gebiete wurden eisenbahnmäßig durch die Privatgesellschaften nicht erschlossen. Andererseits wurden parallel zu den gewinnbringenden Linien Wettbewerbslinien gebaut, die vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus als Fehlinvestitionen angesehen werden mussten und nur der Divi-

Bahnnetz der Welt. Die Irrationalität privater Bahnen führte letztlich zur Forderung nach Verstaatlichung.

Privatisiert: sinnvoller Betrieb?

In Österreich verkaufte der Staat ab 1854 eine Strecke nach der anderen, um sich zu sanieren. Ankäufer waren private, vor allem französische Unternehmer. Der Staat bekam dadurch nicht einmal die Hälfte der Baukosten wieder herein. Die privaten Betreiber erpöbten in der Folgezeit von der Regierung Subventionen, ohne die sie den Verkehr nicht aufrechterhalten wollten. Diese erreichten Mitte der 70er Jahre 5% der gesamten staatlichen Ausgaben. Daher entschloß sich die Regierung zum Rückkauf der Bahnen, der bis 1906 abgeschlossen war.

Die Bahnliberalisierung droht dieselben Entwicklungen wieder zu bringen. Auf den Hauptstrecken wird es viele Betreiber geben und Nebenbahnen werden ausgedünnt oder geschlossen. Der Drang alles dem Markt zu überlassen, kann eine, wenn auch auszubauende, funktionierende Infrastruktur sehr schnell dem Verfall preisgeben, denn die privaten Betreiber wollen nur schnelles Geld auf Kosten der Belegschaft und der Substanz machen.



Privatisierung: Vorwärts in die Vergangenheit

brachte. Ein Vergleich mit der damaligen Praxis klingt so wieder aktuell: „Durch das skrupellose Herauswirtschaften von hohen Gewinnen werden die rechtzeitige Erneuerung und sichere Unterhaltung der Bahnen vernachlässigt (...), die weniger dicht besiedelten, vor allem

dendenjagd dienen.“ – zitiert nach Ferdinand Wöckel.

Belgien baute die Bahnen als einziges europäisches Land von Anfang an staatlich. Obwohl es 20 Jahre nach England und 10 Jahre nach Deutschland mit dem Bau begonnen hatte, besaß es 1890 das dichteste

ÖGB-Kongreß I**Wer will noch Gewerkschaften?**

Es ist ein offenes Geheimnis, dass dem ÖGB in den letzten Jahren die Mitglieder davonlaufen. Immer weniger ArbeitnehmerInnen sehen also einen Sinn darin, sich gewerkschaftlich zu organisieren oder anders ausgedrückt der „Solidargemeinschaft“ ÖGB anzugehören. Als Gegenrezept wird seit Jahren von Seiten des ÖGB alles und jeder „umstrukturiert“ und „modernisiert“ – am wirklichen Problem geht das aber vorbei.

Von Ali Kropf
SOV-Wien Süd

In der gewerkschaftlichen Strategiediskussion wird zwischen zwei Formen des gewerkschaftlichen Agierens unterschieden: konfliktorientiert und kooperativ. Das sagt aus, ob sich eine Gewerkschaft zur Durchsetzung ihrer Ziele mehr auf Kämpfe oder auf Verhandeln festlegt. Der ÖGB ist das beste Beispiel für eine „kooperativ“ orientierte Gewerkschaft, denn zu Kämpfen ließ es die Führung bis dato noch nie kommen. Seine Stärke bezieht der ÖGB nun daraus, dass er in Verhandlungen über die „Hegemonie“ der Beschäftigten verfügen kann. Das heißt, dass er für die andere Verhandlungsseite der Garant ist, dass es eben zu keinem Ausbruch von Arbeitskämpfen kommt.

Die Gangart wird verschärft!

Je mehr Mitglieder also der ÖGB hat, desto größer ist seine Hegemonie über die Beschäftigten und desto größer wird daher auch sein Einfluß und seine Rolle. Jetzt verliert er aber

an Mitgliedern und so setzt sich diese Spirale in die andere Richtung fort. Das Resultat sehen wir in der tagtäglichen Politik: Unternehmer und Teile der Politik wollen künftig weniger „Rücksicht“ auf den ÖGB nehmen und kommen zunehmend in die stärkere Position. Frank Stronach verbietet Gewerkschaften in manchen Betrieben, die Industriellenvereinigung tritt/trat für eine Koalition mit der FPÖ ein, die Sozialpartnerschaft – ein Hauptnerv für den ÖGB – wird zunehmend in Frage gestellt, Geschäfte scheitern auf die Ladenöffnungszeiten und sperren auf, wann und wo sie wollen – diese Liste ließe sich noch weiter ausführen und soll zeigen, wie sich die Situation auch für die ÖGB-Spitze verändert hat.

Und wie reagieren sie darauf? Bestes Beispiel dafür ist der letzte Bundeskongreß vom 11. bis zum 15. Oktober, wo eine riesige „Show“ veranstaltet wurde. Tagelang wurde um Themen und Anträge diskutiert, obwohl die Funktionäre wissen, dass diese Anträge gleich nach dem Ende des Kongresses für die nächsten 4 Jahre zu den Akten gelegt werden.

Mit Themen wie dem aktiven/passiven Wahlrecht für MigrantInnen oder einer etwaigen Arbeitszeitverkürzung wurde ein Scheingefecht nach dem anderen ausgetragen – als ob es nicht egal ist, das Ganze zum zehnten Mal „neu“ zu beschließen. Natürlich hatte der Kongreß auch die Aufgabe, den unteren Funktionären die Möglichkeit zu geben ihren Frust über „die da oben“ abzulassen – ändern wird sich aber freilich nichts. In diesem Sinn sollte eben das Bild ei-



Viele Reden, wenig Antworten

ner staatstragenden Organisation vermittelt werden. Das Problem dabei ist nur: das zieht offenbar heute vor allem bei den jüngeren Beschäftigten nicht mehr. Um das festzustellen braucht es keinen Propheten und so

wissen auch die Funktionäre über diese Entwicklung Bescheid.

Mehr Service – die Lösung?

Der Ausweg soll also sein, den ÖGB weiter zu öffnen und vor allem vermehrt Serviceleistungen anbieten. Es wird also ein Spagat versucht zwischen staatstragend und einer „Dienstleistungsorganisation“. Das heißt, du trittst dem ÖGB bei, zahlst brav deinen Mitgliedsbeitrag und erhältst auf der einen Seite die „jungdynamischen“ Serviceleistungen und auf der anderen ermächtigt du den staatstragenden ÖGB, dich überall – Kollektivverträge oder andere Sozialpartnerabkommen – zu vertreten. Aktive Mitglieder oder eine Organisationsstruktur für „einfache“ Mitglieder braucht es dazu nicht mehr. Vor allem werden auch für jene, denen das eben nicht genügt und die „höhere“ Ansprüche an eine Gewerkschaft haben, von vornherein die Tür zugemacht. Auf lange Sicht kann diese Entwicklung bedeuten, dass sich vor allem radikalere Teile der Beschäftigten vom ÖGB abwenden und sich nicht mehr darin wiederfinden. Gerade für Linke und noch aktive GewerkschafterInnen wird es von großer Bedeutung sein, diese Entwicklungen des ÖGB weiter zu verfolgen, die „Modernisierungskampagne“ zu bekämpfen und für eine wirklich aktive Gewerkschaftspolitik einzutreten.

Kündigungswelle

GEBE

Die ArbeiterInnen und Angestellten des Wiener Traditionsbetriebes GEBE, der einstmals 350 Leute beschäftigte und heute auf 42 geschrumpft ist, müssen täglich mit dem Bewusstsein zur Arbeit gehen, dass durch eine mögliche Auslagerung der Produktion ihre Jobs verschwunden sein könnten (Vorwärts berichtete).

Gewerkschaft und Betriebsrat sahen dem munteren Treiben des Besitzers Dr. Huber bisher tatenlos zu. Und das obwohl es auch im letzten halben Jahr wieder zu Kündigungen kam und Abgänge nicht nachbesetzt wurden, was alles in Richtung Schließung deutete...

Doch im Fall der GEBE zeichnete sich die Gewerkschaft nicht nur durch ihre allgemeine sondern durch besondere Unfähigkeit aus: Bei einer Sitzung der Schiedsstelle des Arbeits- und Sozialgerichts bezüglich der zuletzt erfolgten Kündigungen war die GPA nicht einmal in der Lage, einen Beisitzer zu nominieren. Bei dieser Sitzung hätte ein Sozialplan für die Gekündigten ausverhandelt werden sollen und die Karten dafür standen recht gut. Doch so wurde die Sitzung auf Dezember vertagt – Und, Dr. Huber hat in der Zwischenzeit eine Möglichkeit gefunden, einen Sozialplan zu umgehen: Da er durch die Fusion der wirtschaftlich erfolgreichen GEBE mit Strebel/Valdura für das Kalenderjahr 1998 einen Verlust ausweisen „kann“, muß er keinen derartigen Plan eingehen! Was natürlich auch für zukünftige Kündigungen gilt. Und diese sind bei heutigem Wissenstand und null Gegenwehr von Betriebsrat/ Gewerkschaft leider mehr als wahrscheinlich!

Fall Maderthaner**BWK**

Der Fall Maderthaner erschüttert die Bundeswirtschaftskammer, dass Unternehmer sich auf Kosten anderer bedienen ist allerdings eigentlich ganz normal. Doch es geht um mehr als um eine dubiose Finanzgebarung. Einige Teile des Kapitals fordern einen härteren Kurs.

Der Krieg zwischen Groß und Kleinkoalitionären in der Wirtschaftskammer hat in der offenen Rebellion gegen Maderthaner seinen vorläufigen Höhepunkt gefunden. Gleichzeitig drängen Spitzenmanager, die sich in der Initiative „Modernes Österreich“ gesammelt haben, die Interessen kleiner und mittlerer Unternehmen in der Kammer weiter an den Rand. Die Bourgeoisie ist nicht feige – wie Ex-FPÖ-Klubobmann Stadler unterstellte. Sie steht vor mehreren Zerreißproben. Einig ist man sich nur über wichtige Ziele: Zurückdrängung des ÖGB, Steuerensenkungen, ... Doch die entscheidende Frage ist die des „Wie“.

Mit der FPÖ hat Österreich die stärkste rechtsextreme Partei Europas

Steht Österreich vor dem

Zwischen Panik und Resignation bewegen sich die meisten Kommentare über die Zukunft Österreichs in den letzten Wochen. Tatsächlich stellen 27 Prozent der abgegebenen Stimmen für die FPÖ (1/5 der Wahlberechtigten) eine Rute im Fenster für MigrantenInnen, ArbeitnehmerInnen, Frauen, Jugendliche und PensionistInnen dar. Doch welche Bedrohung geht von den Freiheitlichen tatsächlich aus? Und warum steht trotz Haider's Lob für die „ordentliche Beschäftigungspolitik“ im Dritten Reich und seinen Auftritten vor ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS der Faschismus trotzdem nicht vor der Tür?

John Evers
SOV Wien-Mitte

Die FPÖ an der Macht – ein unabwendbares Schicksal? Keineswegs: Genauso wenig wie die 27 Prozent am 3. Oktober vom Himmel gefallen sind, ist Haider als Kanzler eine „historische Notwendigkeit“. Aber weder der Kletstil noch die etablierten Parteien werden die FPÖ mittelfristig „verhindern“, sondern nur eine breite Bewegung von unten. Ohne eine solche Bewegung ist die weitere Integration der FPÖ in das politische System allerdings sicher, eine baldige Regierungsbeteiligung – in welcher Form auch immer – wahrscheinlich. Doch wie konnte es überhaupt soweit kommen?

Österreich ein NAZI-Land – die FPÖ eine NAZI-Partei?

Tatsache ist, dass die FPÖ-Äußerungen zum Nationalsozialismus und ihre rassistischen Parolen für ÖVP und SPÖ keinen Hinderungsgrund darstellen, mit dieser FPÖ (punktuell) zusammenzuarbeiten. Die ÖVP wählte Haider bereits zweimal zum Landeshauptmann in Kärnten und koalitiert mit der FPÖ in Vorarlberg. SPÖ und ÖVP werden auch dieses

Mal einen Freiheitlichen zu einem der drei Nationalratspräsidenten wählen. Haider's NS-Äußerungen und Überfremdungsplakate waren auch für 1,2 Millionen Menschen zumindest kein Grund, ihn nicht zu wählen. Rassismus und Liebäugeln mit dem braunen Rand sind kein Tabu – aus einer Vielzahl von Gründen: Der offizielle Umgang mit der NS-Vergangenheit gehört ebenso dazu, wie die ausländerfeindliche Gesetzgebung der letzten Jahre. Der Rassismus der FPÖ-Anhängerschaft darf weder entschuldigt noch verharmlost werden (ebensowenig wie jener anderer Parteien). Er stellt ein wachsendes Bedrohungspotential dar, das sich auf einer gewissen Stufe entladen könnte und es punktuell bereits tut – etwa in Übergriffen gegenüber ausländischen KollegInnen.

Doch sind Haider's WählerInnen Faschisten? Ein wesentliches Merkmal faschistischer Bewegungen bestand in deren Fähigkeit, ihre Anhänger zu organisieren. Die Freiheitlichen sind in dieser Hinsicht gerade das Gegenteil einer faschistischen Massenpartei: Über 1,2 Millionen WählerInnen stehen gerade 40.000 Mitglieder gegenüber. Der freiheitliche Klubobmann Scheibner erklärte nach den Wahlen, dass die FPÖ trotz ihrer Erfolge im wesentlichen immer noch dieselbe Organisationsstruktur wie zu ihrer Zeit als 5-Prozentpartei

Mitte der 80er Jahre besitzt. Die FPÖ besitzt keine SA, ja nicht einmal einen starken freiwilligen Ordnungsdienst, mit dem sie auf Linke, MigrantenInnen, ... einprügeln läßt.

Nur als Protestpartei momentan erfolgreich

Die FPÖ ist eine Protestpartei, also eine Kraft mit einer extrem instabilen WählerInnenstruktur. Diese ist sicher tendenziell rassistischer und offener für (neo-) faschistisches Gedankengut als die anderer Parteien. Die FPÖ ist darüber hinaus sicherlich ein Anziehungs- und Integrationspol für die tatsächlich bestehenden faschistischen Kräfte. Das resultiert aus den historischen Wurzeln dieser Partei, die nach 1945 ein Aufgabsfeld ehemaliger Nazis und deutschnationaler Studentenverbindungen war. Es gibt aber – derzeit – keine Elemente einer verfestigten faschistischen Basis oder eines solchen Flügels, auf den sich Haider und Co stützen könnten bzw. auch wollten. Das „Geheimnis ihres Erfolges“ liegt unter anderem genau in der Struktur als Protestpartei: Flexibel kann der schmale, autoritär geführte Parteiapparat ein breites Spektrum von Themen aufgreifen. Wäre die FPÖ tatsächlich die Nachfolgeorganisation der NSDAP – also eine faschistische Organisation – hätte sie eben nicht – wie Haider einmal behauptet hatte – „die absolute Mehrheit“, sondern wäre auf die Rolle einer Splittergruppe mit (bestenfalls) punktuellen Erfolgen reduziert. Umgekehrt kann die FPÖ mit ihren oft widersprüchlichen, populistischen Positionen nur deshalb erfolgreich sein, weil ihr von Organisationen, die über eine wirkliche Massenver-

ankerung verfügt – wie den Gewerkschaften – kein Widerstand entgegengesetzt wurde.

Wie weit weg ist die 3. Republik?



Von Hitler ...

So flexibel die Positionen der FPÖ sind – beliebig sind sie nicht: Es gibt klare ideologische Ansätze und Dauerbrenner in der Propaganda und Programmatik: Dazu gehören Rassismus, Forderungen nach dem Polizeistaat gekoppelt mit Hetze gegen den Sozialstaat, Zurückdrängung des Gewerkschaftseinflusses, neoliberale Konzepte und ein konservatives Frauenbild. Die FPÖ ist eine rechtsextreme Partei. Die seit 13 Jahren andauernde Aufwärtstwicklung

der Freiheitlichen drückt mit einem Rechtsruck in Österreich aus, der schon längst mehr keinen Stein der 2. Republik auf dem anderen gelassen hat. Doch dieser Rechtsruck wurde von den Regierungsparteien SPÖ und ÖVP selbst vorangetrieben. Als Haider vor fünf Jahren sein Konzept der Dritten Republik verkündete, bestand dieses aus „Sparkurs, Verwaltungsreform, Privatisierung“ sowie Steuererleichterungen für die Reichen, gekoppelt mit Anti-AusländerInnengesetzen und einer Erweiterung der Polizeibefugnisse. Wesentliche Elemente dieser 3. Republik sind heute bereits umgesetzt. Die Frage, die sich daraus ergibt, liegt auf der Hand: Was würde eine Regierungsbeteiligung der FPÖ konkret verändern?

Was will die FPÖ?

Entgegen den Behauptungen vieler Kommentatoren ist die FPÖ weder „die neue ArbeiterInnenpartei“ oder will gar sozialpolitische Verbesserungen für ArbeiterInnen durchsetzen. Maßnahmen wie der Kinderscheck sind keine Sozialreformen, sondern die Brechstange, um Frauen an den Herd zu schicken und Kinderbetreuungseinrichtungen zu schließen. In ihren sozialen und wirtschaftspolitischen Konzeptionen bleibt die FPÖ die radikalste aller Parteien des Kapitals: Von der Abschaffung der Kollektivverträge bis zur Flattax – keine andere Partei hat derart klare Forderungen gegen ArbeitnehmerInnenrechte und für die Umverteilung von „unten nach oben“. Unmißverständlich steht die FPÖ für einen Kurswechsel auf einer anderen Ebene: für die endgültige Ausschaltung der Sozialpartner-

Faschismus – eine Definition

Faschismus ist die Bezeichnung für eine Herrschaftsform im Kapitalismus. Faschismus stellt zwar in gewisser Weise einen Sammelbegriff dar, unter dem verschiedene Ausformungen – z.B. Nationalsozialismus, Ständestaat, italienischer Faschismus, Franco-Regime (...) – zusammengefasst werden. Die marxistische Analyse geht allerdings von gemeinsamen (!) Ursachen und Wesenszügen als bestimmende Faktoren für die Erklärung aus. Faschismus ist kein „einmaliges“ Phänomen, das nur in den 20er und 30er Jahren auftreten konnte.

Doch die faschistischen Bewegungen brauchen bestimmte Voraussetzungen und Entwicklungen, um sich zu formieren und letztlich siegen zu können. Der russische Marxist Leo Trotzki hat sie Anfang der 30er Jahre zusammengefasst – schwere wirtschaftlich-soziale Krise, gesellschaftliche Polarisierung und

fortdauernde Unfähigkeit der ArbeiterInnenbewegung, einen sozialistischen Ausweg zu erkämpfen: „Der Faschismus (ist) jedesmal das letzte Glied eines besonderen politischen Zyklus, der aus folgenden Momenten besteht: Krise der kapitalistischen Gesellschaft – steigende Radikalisierung der ArbeiterInnenklasse und Verlangen nach Veränderung beim ländlichen und städtischen Kleinbürgertum – äußerste Verwirrung auf Seiten der Großbourgeoisie, welche mit feigen und betrügerischen Methoden darauf aus ist, den revolutionären Siedepunkt zu vermeiden – Erschöpfung des Proletariats, zunehmende Verzweiflung und Indifferenz – Verschärfung der sozialen Krise – Verzweiflung des Kleinbürgertums, seine Bereitschaft an Wunder zu glauben, seine Bereitschaft zu Gewaltmaßnahmen – anwachsende Feindseligkeit gegenüber dem Proletariat, welches die kleinbürgerlichen Erwartungen

enttäuscht hat. Das sind die raschen Voraussetzungen für die Formierung einer faschistischen Partei und deren Sieg.“

Die „historische Mission“ des Faschismus bestand in der Ausschaltung der ArbeiterInnenbewegung – aber nicht nur darin. Der Faschismus war als Massenbewegung in der Lage, diese Ausschaltung und totale Zersplitterung über eine ganze Periode aufrecht zu erhalten. Darin lag aus Sicht der Bourgeoisie sein Vorzug, aber auch gleichzeitig sein Risikopotential. Vor allem war nicht abzusehen, was geschehen würde, wenn das faschistische System in die Krise gerät – also seine Massenbasis verliert. Andererseits betraf die politische Herrschaft des „faschistischen Pöbels“ Bereiche, die weit über jene der ArbeiterInnenbewegung hinausreichten: Letztlich wurden auch Entscheidungskompetenzen des einzelnen Unternehmers und von ganzen Kapitalgruppen ein-

geschränkt. Das bedeutet nicht, dass der Faschismus keine Herrschaftsform des Kapitals ist: Im Gegenteil, der Faschismus faßte in geradezu reiner Form die Interessen der gesamten herrschenden Klasse zusammen: Neue Märkte durch Expansion, Vernichtung der Gewerkschaften, Abschaffung von Sozialreformen, Versklavung, ... Die ideologische Legitimation dieser Schritte geschah durch „Volksgemeinschaft“, Rassismus und Antisemitismus – mit der Konsequenz der tödlichen Dynamik, an deren Endpunkt Rassenkrieg und Holocaust standen.

Faschismus heute?

Der Faschismus ist also keine beliebig anwendbare Herrschaftsform des Kapitals: Faschistische Massenbewegungen sind Produkte einer bestimmten ökonomischen, sozialen und politischen Situation. Die faschistische Diktatur stellt das letzte

Mittel des Kapitals zur Herrschaftssicherung in einem gewissen Entwicklungszyklus der von Revolution und Konterrevolution geprägt ist, dar. Es existieren heute in Europa weder die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen für Faschismus, noch eine faschistische Massenbewegung. Selbst jene Parteien, die über eine faschistische Tradition und einen faschistischen Kern/Flügel verfügen (wie etwa der Front National oder die italienische AN) sind gezwungen, diese Elemente zu zügeln und rechten Populismus à la FPÖ zum bestimmenden Teil ihrer Politik zu machen. Offen faschistische Organisationen sind heute (noch) relativ kleine Terrortruppen. Das bedeutet nicht, dass aus bestehenden faschistischen und rechtsextremen Parteien in Zukunft keine faschistischen Massenbewegungen werden können. Doch solche Bruchlinien sind derzeit nicht abzusehen.

Faschismus?

schaft. In dieser Frage stellt die FPÖ einen echten Gegenpol zur SPÖ-Führung dar, die zur Hauptverteidigerin dieses Systems geworden ist. Auch das Schwanken großer Teile der herrschenden Klasse in Österreich sowie der ÖVP in puncto einer Regierungsbeteiligung der FPÖ liegt in dieser Frage begründet. Der endgültige Bruch mit der Sozialpartnerschaft und der Hinauswurf der SPÖ birgt schwer berechenbare Risiken: In der Geschichte der 2. Republik gab es bisher nur 4 Jahre (1966-1970) ohne Regierungsbeteiligung der SPÖ. Das drückte die traditionelle Schwäche des österreichischen Bürgertums und die Angst vor der potentiellen Macht der ArbeiterInnenbewegung aus. Der Verbürgerlichungsprozeß der SPÖ in den 90er Jahren hat zum Kontrollverlust der SPÖ über die ArbeiterInnenklasse geführt: Traditionelle Parteistrukturen, StammwählerInnenbasis ... all das ist verschwunden. Die SPÖ repräsentiert heute nur mehr jenen Flügel der Bourgeoisie (bzw. der staatlichen und halbstaatlichen Bürokratie), der für die weitere Einbindung der Gewerkschaften in die Entscheidungsstrukturen steht. Das bedeutet für diesen Flügel aber nicht nur die Abgabe von Macht und gewissen Pfünden an die Gewerkschaftsbürokratie, sondern auch gewisse Korrekturen bei Sozialabbaumaßnahmen. Im Gegenzug dafür garantiert die ÖGB-Führung absoluten Gehorsam gegenüber der Regierung – bei der Strafe eines sinkenden realen Einflusses in der ArbeiterInnenklasse durch sinkende Mitgliederzahlen. Die FPÖ repräsentiert hingegen jenen Flügel von Unternehmern, die wie Prinzhorn und Stronach, radikal mit den „österreichischen Gepflogenheiten“ brechen wollen und selbst vor Kritik am „weichen“ Kurs und der Bürokratie der eigenen Vertretung (Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung) nicht zurückschrecken. Sie wollen die Gewerkschaftsbürokratie aus den Schallsternen der Macht und den Betrieben verjagen – und setzen dabei auf eine Mischung aus erpresserischen Drohungen und populistischer Kritik. Für viele mögen die Sager Stronachs à la „was macht der ÖGB mit den Milliarden im Streikfonds“ plausibel klingen – wenn der ÖGB nicht einmal eine Demonstration, geschweige denn einen Streik gegen einen Stronach zusammenbringt ...

Genauso wie Stronach in seinem Magna-Werk würde Haider an der Regierung agieren. Die FPÖ würde nicht müde werden zu betonen, dass wir gemeinsam hart arbeiten müssen, um erfolgreich zu sein, dass jeder etwas beitragen muß, ... und gleichzeitig auf „die Schmarotzer“ – ob das nun die Gewerkschaften, die AusländerInnen, die Arbeitslosen ... sind – hinweisen. Die praktische Konsequenz wäre die systematische Einschränkung sozialer und demokratischer Rechte. Für die ÖVP ergibt sich daraus allerdings eine unmittelbare Gefahr: Sie ist selbst Teil des Systems der Sozialpartnerschaft

und hat ihre Parteispitzen auf zahlreichen Versorgungsposten sitzen. Diese Bürokraten haben Angst vor einem allzu radikalen Kurswechsel und sind deshalb die „Bremsen“ in der ÖVP in Sachen blau/schwarz. Doch wesentlich größer als dieses Problem ist die Angst der Bourgeoisie, vor den Folgen, die ein totaler Bruch mit der SPÖ und der Sozialpartnerschaft bedeuten würde. Natürlich würde man auch unter blau/schwarz versuchen, Teile der SPÖ weiter einzubinden – Stronach drängt sich auch hier als Parallele auf (Ex-Kanzler Vranitzky und Ex-Minister Streicher sitzen bei ihm in Managerfunktionen). Doch zumindest verbal würden die Gewerkschaften gegenüber einer Regierung, die sie aus allen Bereichen vertreibt, gar nicht stillhalten können. Ein solcher „Kulturbruch“ stellt gerade in Österreich ein Risiko dar, an dessen „Bruchlinien“ bisher noch nicht gekannter Widerstand wachsen könnte.

Ein Horrorszenario?

Die aktuelle Diskussion in den Medien geht davon aus, dass Haider eigentlich nicht zu verhindern ist. Wir behaupten das Gegenteil: Durch den Aufbau einer Anti-FPÖ-Bewegung von unten und einer politischen Alternative in Form einer neuen ArbeiterInnenpartei. Sollte die FPÖ in die Regierung kommen, stellt das eine Niederlage für die ArbeiterInnenbewegung dar – eine Niederlage umso mehr, weil dies ebenso ohne Widerstand wie der bisherige Sozialabbau und Rechtsruck (von wenigen Ausnahmen abgesehen) geschehen wäre. Trotz dieser Niederlage ist davon auszugehen, dass eine blau/schwarze Regierung am Beginn vorsichtig agieren würde. Es ist nicht damit zu rechnen, dass es un-

mittelbar z.B. zu dramatischen Gesetzesänderungen kommen würde. Vielmehr würden bestehende Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden, um gegen MigrantInnen, Linke, ...

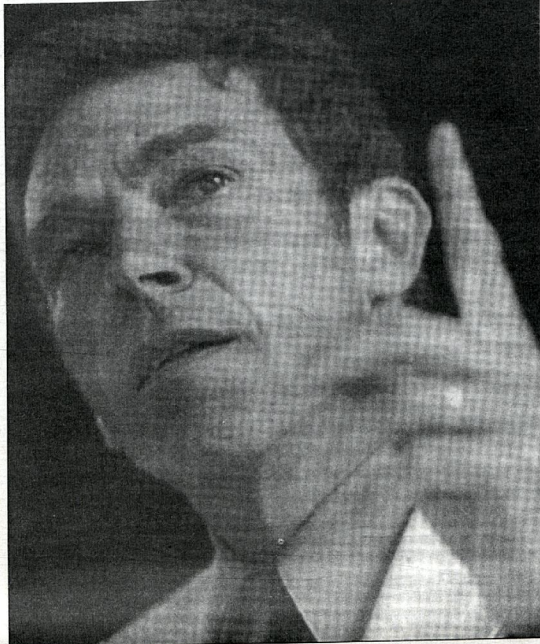
Medien würde die Anzahl jener wachsen, die Haider für „politischfähig“ erklären, ehemalige Großkoalitionäre in den Spitzen der Gesellschaft würden versuchen, sich

ches Szenario nicht wahrscheinlich ist – es verhindert sich nicht von selbst.

Auch, wenn es 5 nach 12 ist: Widerstand jetzt aufbauen!

Tatsächlich bedeutet eine blau/schwarze Koalition nicht nur eine Niederlage, sondern auch eine sehr instabile Regierungsform. Nach wie vor lehnen bei Meinungsumfragen große Teile der Bevölkerung diese Variante ab. Blau/schwarz würde sich auf die geringste gesellschaftliche Verankerung aller Nachkriegsregierungen stützen. Hier lägen die Ansatzpunkte für Widerstand. In Italien und Frankreich hat sich gezeigt, dass sich reale Mehrheitsverhältnisse nur in geringem Ausmaß in der Stärke etablierter Parteien ausdrücken: Starke Rechtsregierungen wurden dort durch Massenbewegungen von unten gestürzt. Doch solche Bewegungen entstehen nicht über Nacht. Sie greifen teilweise auf Traditionen zurück, die in Österreich von SPÖ und ÖGB über fünf Jahrzehnte verschüttet wurden.

Der Aufstieg der FPÖ drückt vor allem auch eines aus: Eine neue Periode der sozialen Zuspitzung und gesellschaftlichen Polarisierung. Die FPÖ ist die aktuelle „Antwort“ von Rechts auf die politische und soziale Krise des kapitalistischen Systems. Keine der etablierten Parteien und Kräfte ist in der Lage, dieser Antwort etwas entgegen zu setzen. Die SOV steht für eine echte Alternative: Für den Aufbau einer neuen sozialistischen Partei mit all jenen Menschen, die gerade in den letzten Wochen zum Schluß gekommen sind, dass man jetzt aktiv gegen Sozialabbau und Rechtsruck werden muß.



... zu Haider?

vorzugehen. Verstärkte Razzien in Wohnheimen, Aktion scharf gegen Drogenabhängige, verschärftes polizeiliches Vorgehen während Demonstrationen, schnellere Streichung des Arbeitslosengeldes, Ausgrenzung von Vereinen und Projekten. So würde eine solche Regierung versuchen, den Boden für weitere Maßnahmen aufzubereiten. In den

mit den neuen Machthabern zu arrangieren. Ein solchermaßen stetiger und ungebremster Rechtsruck würde unter Umständen auf einer gewissen Stufe verstärkt offen faschistische Kräfte hervorbringen, die Gewerkschaften mit Gewalt zerschlagen, bewaffnet auf Linke losgehen und ausländische KollegInnen systematisch ermorden. Auch wenn ein sol-

Rechtsextremismus

Rechtsextremismus ist ein Sammelbegriff: Als rechtsextrem können jene Organisationen bezeichnet werden, auf deren Positionen die aufgelisteten „Orientierungspunkte“ in der Tendenz zutreffen. Dazu gehören die Konzeption der Volksgemeinschaft als angebliches Gegenstück zur Globalisierung und „multikulturellen Gesellschaft“, Leistungsgesellschaft („nur der Starke überlebt“), Rassismus und extremer Nationalismus (als Antwort z.B. auf wachsende EU-Ablehnung), der Ruf nach dem „starken Staat“, Ausgrenzung von sogenannten Randgruppen (Homosexuelle, Wehrdienstverweigerer ...) und Hetze gegen AusländerInnen, die Arbeitslosen ... sind – hinweisen. Die praktische Konsequenz wäre die systematische Einschränkung sozialer und demokratischer Rechte. Für die ÖVP ergibt sich daraus allerdings eine unmittelbare Gefahr: Sie ist selbst Teil des Systems der Sozialpartnerschaft

nen der FPÖ zu. Sie ist eine rechtsextreme Partei.

Keine geschlossene Ideologie

„Rechtsextremismus“ ist in gewisser Weise ein offener Begriff und keine in sich geschlossene Ideologie. Es gibt deshalb auch kein „rechtsextremes System“, oder einen rechtsextremen Staat, sondern nur eine rechtsextreme Politik. „Rechtsextremismus“ ist auch nicht mit einer bestimmten Organisationsform verknüpft, sondern schließt ein relativ breites Spektrum politischer Organisationen mit ein. In der Zwischenkriegszeit etwa existierten in Deutschland und Österreich eine Vielzahl rechtsextremer Parteien und Organisationen: Dazu gehörten die faschistischen Heimwehren und die NSDAP samt ihren Wehrverbänden ebenso, wie etwa die Deutsche Volkspartei (DNVP) in Deutschland,

oder Teile der Christlichsozialen Partei in Österreich.

Gemeinsamkeiten

Trotz dieser Breite, gibt es auch hier Gemeinsamkeiten: Die autoritäre Struktur dieser Organisationen, die Abhängigkeit vom Kapital, bzw. einzelnen Kapitalgruppen und ein Mitglieder- und Wählerspektrum, welches nicht in die organisierte (!) ArbeiterInnenklasse hineinreicht. Rechtsextreme Organisationen mit Massenunterstützung rekrutieren zumindest wesentliche Teile ihrer Basis aus Schichten die vom sozialen Abstieg betroffen oder bedroht sind. Der Rechtsextremismus im Europa der 80er und 90er Jahre, trat – trotz unterschiedlicher historischer Wurzeln der jeweiligen Ansatzpunkte – in Form von „modernen“ rechtspopulistischen Parteien auf. Das Aufkommen dieser Parteien war eine Re-

aktion auf die Zerschlagung des Sozialstaats, die Krise des traditionellen politischen Systems und seiner Institutionen, sowie der Schwäche der ArbeiterInnenbewegung.

Unterschiede zum Faschismus

Der Begriff „Rechtsextremismus“ schließt faschistische Organisationen mit ein: Jede faschistische Partei ist auch rechtsextrem, doch nicht jede rechtsextreme Kraft ist automatisch faschistisch. Faschismus ist eine klar umrissene Herrschaftsform im Kapitalismus. Eine faschistische Partei strebt die gewaltsame Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung, ihrer Institutionen, der Einrichtungen der bürgerlichen Demokratie („Rechtsstaat“, Parlamentarismus ...) und die militärische, sowie hierarchische Organisation der gesamten Gesellschaft an.

Buchkritik

Das Herz schlägt links

„Halt's Maul“, hat ihm Günter Grass geraten. Diesen Rat hat Oskar Lafontaine nicht angenommen und mit seiner Buchveröffentlichung „Das Herz schlägt links“ den Zorn der SPD-Führung auf sich gezogen. Doch die Angriffe von SPD-Führern auf die Person Lafontaines sind genauso heuchlerisch wie die Selbstbehauptung, die er der Leserin und dem Leser in seinem Buch zumutet. Die Attacken gegen den zurückgetretenen Finanzminister dienen jedoch vor allem zur Ablenkung von den politischen Fragen, die er in seinem Buch aufwirft.

Sascha Stanicic
Korrespondent, Köln (D)

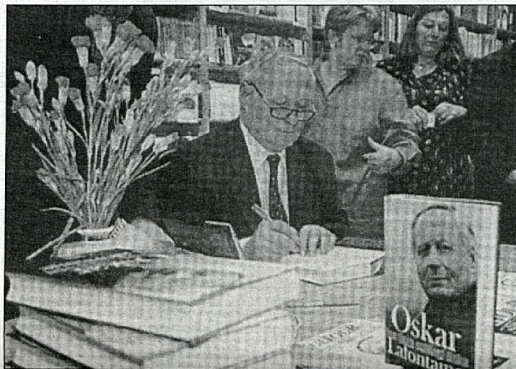
Lafontaine legt den Finger in die Wunden der Bundesregierung und der SPD. Er spricht Millionen von ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen aus der Seele, wenn er das Sparpaket geißelt oder den Bruch von Wahlversprechen anprangert. Zu recht beklagt er die schier unbegrenzte Macht der Wirtschaft und fordert mehr soziale Gerechtigkeit ein.

Doch Oskars Herz mag, wie bei jedem Menschen, auf der linken Seite seines Oberkörpers beheimatet sein, seine politischen Ideen sind alles andere als links. Zu dieser Schlussfolgerung muss man kommen, wenn man als linke Politik den konsequenten Einsatz für die Rechte, Lebensbedingungen und die Zukunft der Masse der Bevölkerung versteht.

Oskar ist nicht links

Oskar Lafontaine wendet sich gegen den Neoliberalismus und gegen die unkontrollierte Dominanz der Finanzmärkte. Er fordert mehr gesellschaftliche Kontrolle. Er wendet sich aber nicht grundsätzlich gegen die Logik der kapitalistischen Profitwirtschaft, sondern verteidigt klar und deutlich, dass die Unternehmer

nach möglichst hohem Profit streben. Er wendet sich zwar auch verbal und allgemein gegen eine weitere Belastung von ArbeitnehmerInnen und sozial Schwachen, schlägt aber keine wirklichen Verbesserungen im Sinne der Masse der Bevölkerung vor.



Oskar Lafontaine bei einer Autogrammstunde

Anstatt die Folgen von 16 Jahren arbeitnehmerfeindlicher Politik der Kohlregierung wirklich rückgängig machen zu wollen, hat Lafontaine ein paar Mini-Reformen im Angebot. Auch hat sich die SPD-Politik unter Ministerpräsident Lafontaine im Saarland kaum von der Gerhard Schröders in Niedersachsen unterschieden.

In seinem ganzen Buch wird an keiner Stelle die Privatisierungssorge der letzten Jahre thematisiert. In der Rentenfrage fordert er statt Rente ab 60 ein höheres Renteneinstiegsalter! Seine Vorschläge von Flexibilisierung und Lohnverzicht aus

den 80er Jahren verteidigt er.

Profit-Oskar

Lafontaine ist kein Linker. Er ist ein bürgerlicher Politiker, der nur andere Vorstellungen über die Lösung der Krise der bürgerlichen Gesellschaft und der kapitalistische Wirtschaft hat, als die zur Zeit vorherrschenden. Lafontaine ist Keynesianer. Der Keynesianismus hat in der Vergangenheit die Grundwidersprüche der kapitalistischen Gesellschaft nicht aufheben können und wird es in der heutigen Phase kapitalistischer Depression erst recht nicht können. Der Kapitalismus kann die Bedürfnisse der Menschheit nicht befriedigen, weil diese bei den ökonomischen und politischen Entscheidungen keine Rolle spielen, sondern der höchstmögliche Profit für eine kleine Minderheit von Kapitalisten und Großaktionären das Maß aller Dinge ist.

Daran kann und will Lafontaine nicht rütteln. Er kann es nicht, weil er auf der Grundlage bürgerlicher Politik denkt und er will es nicht, weil er im kapitalistischen System ein hervorragendes Auskommen gefunden hat. So hat er für sein Buch vom Econ-Verlag (einer Tochter des Springer-Konzerns!) 800.000 DM Garantiesumme bekommen und, Berichten der ZEIT zufolge, im Vorfeld den kleinen Dietz-Verlag gründlich über den Tisch gezogen. Heiner Lindner, Chef des Dietz-Verlages, der sich selber als politischer Unterstützer Lafontaines bezeichnet und als persönlicher Freund wählte, meinte in Anspielung auf den Buchtitel „Sein Herz schlägt links“.

Filmkritik

Wahrheit?

„Nichts als die Wahrheit“ ist nicht der erste Spielfilm, der versucht, das Thema NS-Verbrechen zu be- und verarbeiten. In diesem Fall soll ein fiktiver Prozess im vereinigten Deutschland der 90er Jahre gegen den – tatsächlich 1979 verstorbenen – „Todesengel von Auschwitz“ Dr. Josef Mengele die Nazigreuel einem breiten Publikum ins Gedächtnis rufen. Ein schlecht gelungener Versuch ...

John Evers
SOV Wien-Mitte

Vornehm ein Bekenntnis: Im Gegensatz zu anderen Meinungen, halte ich auch das Medium (Spiel)Film für ein legitimes Mittel, um Fragen wie Faschismus, Nationalsozialismus und Holocaust zu beleuchten.

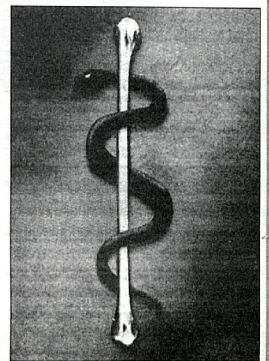
Nur: Menschen, die solche Filme machen, drehen nicht einfach eine spannende Story (wie diesen Film), eine gute Komödie (wie „Das Leben ist schön“), oder ein episches Gesamtkunstwerk (wie „Schindlers Liste“), sondern vor allem Streifen über den Holocaust. Die „Botschaft“ die in diesem Zusammenhang vermittelt wird, ist für mich die alleinige Richtschnur bei der Bewertung solcher Werke. Positiv an „Nichts als die Wahrheit“ ist deshalb eigentlich nur ein Punkt: Einige Zeitzeugen berichten im Gerichtssaal über Mengels Verbrechen – wobei aber gleichzeitig durch den fiktiven Charakter des gesamten Films, nicht deutlich genug wird, dass ihre Aussagen reale Geschichte und reales Leiden beschreiben.

Demgegenüber stehen mehrere fragwürdige Nebenstories – Neonazis, Bomben, Attentate – die dem Werk offensichtlich die nötige Spannung verleihen sollen. Geradezu fatal ist die durch die Staatsanwaltschaft gemachte Unterstellung, mit Mengele endlich seine offenen Bekenntnisse zum Massenmord, die Nazikundgebungen im Film aufhören.

Abgesehen davon, dass es schon längst Kronzeugen dieser Art gab – wie den ehemaligen Lagerleiter von Auschwitz Höß: Kommt es heute

tatsächlich auf die Aussagen eines Täters an, um Auschwitz zu beweisen?

Bei der Darstellung Mengels setzt die Regie auf ein altes bekanntes Klischee: Das des sadistischen Dämons. Hauptdarsteller Götz George mutiert mittels perfekter Maske zu



„Nichts, als die Wahrheit“

einer Art Frankenstein. Nicht dass es unter den Tätern keine sadistischen Dämonen gegeben hätte. Doch sie waren die Ausnahme von der Regel der banalen Bürokraten und Pflichterfüller, die das System und seine Verbrechen auf allen Ebenen trugen.

Die entscheidende Frage, warum gerade ein mittelmäßiger Wissenschaftler und Arzt wie Mengele eine solche zentrale Rolle im Vernichtungsapparat spielen konnte, wird zwar nebenbei gestellt, bleibt aber unbeantwortet. Ebenso wie jene – es handelt sich schließlich um einen Justizthriller – ob so eine Figur Anspruch auf die „bestmögliche Verteidigung“ hat.

Ich denke übriges: Eigentlich nicht ...

Die SOV Ortsgruppen und andere Veranstaltungen, bei denen Du uns treffen kannst:

Jetzt aktiv werden!

Die Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV) ist eine sozialistische Organisation von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen. Wir sind aktiv gegen Sozialabbau und die rechte Scheinopposition der FPÖ. Die SOV tritt für den Aufbau einer neuen sozialistischen ArbeiterInnenpartei und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung ein – für Sozialismus! Die SOV ist gemeinsam mit Organisationen in über 30 Ländern im Komitee für eine ArbeiterInneninternationale organisiert.

Die SOV interessiert mich, ich möchte:
○ zu Veranstaltungen eingeladen werden
○ Mitglied der SOV werden

VORWÄRTS abonnieren!

- sozialistisch
- antifaschistisch
- international

Jeden Monat neu:
Wir schreiben, was andere nicht schreiben dürfen!

Ja, Vorwärts interessiert mich, ich möchte:

- ein Normal-Abo (10 Nr. €S 200,-)
- ein Sozial-Abo (10 Nr. €S 100,-)
- Gewerkschaftszeitung „Die Einheit“ (Jahresabo 4 Nummern €S 100,-)
- ...Stik Vorwärts zum Weiterverkaufen (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)



7., Stiftgasse 8

Termine

- | | |
|--|------------------|
| 8.11. „SOV – Eintreten gegen Sozialabbau und Rechtsruck“ 19.30 Uhr | Amerlinghaus |
| 26.11. „Linke Frauen – Frauen und die Linke von 1968 bis heute“ | OG-Nord |
| 8.11. „Was macht Frauen arbeitslos“, Podiumsdiskussion mit AMS, GLB, Frauenprojekten | Frauenstammtisch |
| 16.11. „Ausländerfeindliche Polizei“ Über schwarze Schafe und braune Polizisten | OG-West |
| 5.11. „FPÖ: Steht der Faschismus vor der Tür?“ | OG-Süd: |
| 17.11. „Verändert Stronach Österreich?“ | OG-Mitte |



**Neues
aus dem
CWI**

Die SOV ist Mitglied des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (KAI) – Committee for a Workers' International (CWI), das in über 30 Ländern vertreten ist.

Schweden I

4 Millionen Kronen für ArbeiterInnen

Die Baltic Star gehört zu einem „internationalen“ Unternehmen: registriert in Panama, die Rederei hat einen schwedischen Besitzer und die Beschäftigten sind aus verschiedensten Ländern. Die 23 ArbeiterInnen aus Kaschmir litten besonders unter dieser „Globalisierung“ – sie mußten 7 Tage pro Woche arbeiten, oft jahrelang ohne Urlaub, waren nicht sozialversichert und mieserabel bezahlt. Sie lebten auf den Booten und das Unternehmen kontrollierte auch ihre Freizeit – moderne Sklaven.

Einer der kaschmirischen Arbeiter, Talat Butt, nahm über das CWI-Kontakt zur schwedischen Sektion auf – mit Erfolg. Diese machte den Skandal öffentlich – große Zeitungen berichteten, die Passagiere der Schiffe begannen mit den ArbeiterInnen zu sprechen. Monatlang hatten die 23 mit dem Unternehmen verhandelt – nun erst hatten sie Erfolg. „Ich habe nun 13 Monate Urlaub nachträglich zuerkannt bekommen und eine Lohnerhöhung von 33 %.“ Alle 23 erhielten bessere Verträge und Nachzahlungen von insgesamt 4 Millionen Kronen (6,3 Millionen Schilling).

Schweden II

Nazis morden

Am 13. Oktober wurde in Stockholm der 41-jährige Gewerkschafter und Antifaschist Björn Söderberg von Nazis ermordet. Mit einem Kopfschuß rächten sich die Nazis dafür, dass er in der Gewerkschaft einen der ihren – Robert Vesterlund – geoutet hatte, der dort auch Funktionen inne hatte. Als das bekannt wurde, wurde Vesterlund aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Er ist Mitglied der faschistischen NSF. Einer Gruppe, der schon mehrere Mordversuche an linken nachgesagt wird und hatte vor dem Mord Informationen über den Gewerkschafter eingehoben.

AntifaschistInnen in ganz Schweden, darunter auch die schwedische Schwesterorganisation der SOV, mobilisieren und organisieren gegen diesen terroristischen Akt der Nazis.

Mumia – Todesurteil

USA will morden

Der Hinrichtungstermin für Mumia Abu-Jamal wurde vom Gouverneur Thomas Ridge für den 2. Dezember festgelegt. Das Todesurteil geht auf einen Vorfall vom 9.12.1981 zurück, bei dem ein Polizist getötet wurde. Jamal engagierte sich in der Black Panther Bewegung und dokumentierte über Jahre hinweg rassistische Polizeibergänge.

Pakistan

Militärherrschaft in Pakistan

Der Militärputsch vom Dienstag, den 12. Oktober 1999, markiert eine neue, und noch instabilere und spannungsgeladene Periode in Pakistan und auf dem gesamten asiatischen Subkontinent.

aus einem Statement des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale vom 15.10.99

Der jüngste Putsch spiegelt den vollständigen Bankrott der feudalen und kapitalistischen Eliten in der neo-kolonialen Welt wider. Sowohl auf sozialer als auf wirtschaftlicher Ebene herrscht eine tiefe Krise; die staatlichen Institutionen befinden sich im Prozeß des Zusammenbruchs; die Bürokratie benutzt ihre Positionen, um Millionen von Rupien abzuschöpfen; Minister aller Ebenen füllen Posten mit Familienangehörigen und Freunden, unabhängig von Qualifikation. Bestechung ist das einzige Mittel, damit überhaupt irgendetwas getan wird; die herrschende Elite ist in rivalisierende Interessengruppen gespalten; und religiöse und separatistische Konflikte nehmen zu.

Nawaz Sharifs rechte Regierung wurde im Januar 1997 gewählt. Pakistan ist weiter in die soziale und wirtschaftliche Katastrophe geschlittert. Über 100.000 ArbeiterInnen wurden entlassen, die Preise für Grundnahrungsmittel sind explodiert, während die Lebensmittel-Subventionen drastisch gekürzt

wurden. Gleichzeitig haben Sharif und seine Clique von Familie und Freunden durch direkten Diebstahl enormen Reichtum angehäuft – aus der Staatskasse, Steuer-Nachlässen und riesigen Bestechungsgeldern. Unter breiten Teilen der Bevölkerung wurde Sharif gehaßt.

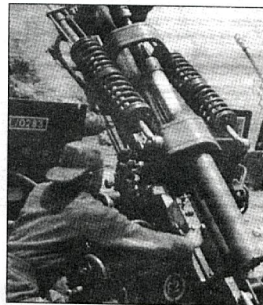
Sharif hat beim Versuch, die Macht zu halten, starke Elemente einer „zivilen Diktatur“ geschaffen. Er ritt Angriffe auf die Demonstrations- und Streikrechte – bis hin zum Verbot von Gewerkschaften in einigen Teilen des öffentlichen Sektors. Unter seiner Herrschaft war Demokratie eine Farce.

Die extreme soziale und wirtschaftliche Krise spiegelte sich in tiefen Rissen innerhalb der Bürokratie, des Militärs und der wirtschaftlichen Elite des Landes wider. Die Spannungen zwischen Militär und der herrschenden Partei wurde verstärkt, als sich Nawaz Sharif unter dem Druck des US-Imperialismus für Kürzungen bei den Militärausgaben einsetzte und Versuche anstellte, Verhandlungen mit der herrschenden indischen Klasse über die Zukunft und das Territorium des besetzten Kaschmirs zu beginnen. Dies stellte eine enorme Bedrohung für das Prestige und die Macht des Militärs dar. Der Aus-

löser für den Putsch war die Entlassung des neuen Armeeführers General Musharraf. Unter den Generalen selbst kam es zu Spannungen. Es spiegelt die Krise, der die bürgerliche Elite gegenübersteht, wieder.

Weitere Faktoren, denen sich die Generale gegenüberstehen: der starke Druck des US-Imperialismus gegen eine offene Militärdiktatur; die Schwierigkeit dabei, den Präsidenten zu überzeugen, ihre Handlungen verfassungsmäßig zu legitimieren und den Wechsel zu einer Übergangsregierung zu ermöglichen; und die Probleme, einen geeigneten Kandidaten als Premierminister zu finden. Aber es ist unwahrscheinlich, dass dies zu einer brutalen und offen militärischen Diktatur führen wird, wie jene unter dem verhassten Zia Ul-Haq von 1977-88. Es wird einen Zickzack-Kurs geben, gegen die korruptesten Elemente der herrschenden Elite, aber wenn notwendig auch gegen die Massen und gegen nationale Minderheiten!

Aber die Hauptangst des US-Imperialismus ist, dass die Spannungen zwischen den wichtigsten Atomwaffen der Region, Indien und Pakistan, ansteigen. Die Gefahr eines Krieges zwischen Pakistan und Indien zu einem späteren Zeitpunkt steigt wieder. Große Teile der Bevölkerung haben die Absetzung des verhassten Sharif begrüßt, aber große Schichten haben auch Illusionen in das Militär. Fünfzig Prozent



Militär hat die Macht übernommen

der Bevölkerung von Pakistan sind jünger als 25 und erinnern sich deshalb kaum an die letzte Militärdiktatur. Jene, die Illusionen haben, hoffen, dass es irgendwie zu Stabilität führen wird und zu besseren sozialen und wirtschaftlichen Zuständen. Diese Hoffnungen werden grausam zerschlagen werden.

Bewußtere Schichten sehen die Rückkehr des Militärs als einen Rückschlag – hier gibt es auch Widerstandsgeist. Egal welche Regierungsform, Feudalismus und Kapitalismus haben in Pakistan nur Armut, Entbehrung und Krieg für die ArbeiterInnen und Bauern bedeutet. Nur die pakistanischen Massen können, unter der Führung der ArbeiterInnenklasse, eine echte demokratische Regierung und ein Ende der sozialen Ausbeutung garantieren.

Irland

Streik auf der Insel

Vom 22.-25. Oktober hielt die Socialist Party, die irische Schwesterorganisation der SOV, in Athlone in der Mitte der Insel, ihre Konferenz ab. Diese stand ganz im Zeichen des größten Streiks des Krankenpflegepersonals seit der Gründung der Republik - 27.500 sind am 19. Oktober nur unter Aufrechterhaltung eines Notdienstes in den Ausstand getreten. Weiters auf der Tagesordnung: die wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven für die Republik Irland, der "Friedensprozess" in Nord-Irland, sowie Gewerkschafts- und Jugendarbeit.

*Sonja Grusch,
SOV Wien-Nord*

Irland rangiert bei den Ausgaben für das Gesundheitswesen am unteren Ende der EU-Länder. Das Krankenpflegepersonal ist gut geschult – allerdings auf eigene Kosten – dafür aber unterbezahlt. Seit über 5 Jahren versucht die INO, ein Zusammenschluss von 4 Gewerkschaften, erfolglos höhere Löhne durchzusetzen. Für die meisten KrankenpflegerInnen ist das ihr erster Streik. Die INO, die eigentlich nicht als Gewerkschaft konzipiert war, hat nicht einmal einen Streikfond. Der Streik zeigt die dunklen Seiten des "keltischen Tigers" auf. Irland hat zwar einen jahrelangen starken Wirtschaftsaufschwung hinter sich, die ArbeitnehmerInnen haben davon allerdings nicht profitiert. Nicht umsonst führt die Socialist Party die Kampagne "name and shame" durch. Betriebe, die diese Löhne bezahlen (ats 70-

oder weniger bei Preisen, die über dem oesterreichischen Niveau liegen) werden "geoutet". Vor allem in Belfast haben bereits eine Reihe von Betrieben die Löhne auf diesen Druck hin erhöht. Die Basis des Booms ist äußerst wackelig: Große Abhängigkeit von ausländischen Investoren (die angesichts der wachsenden politischen Instabilität in Gefahr sind) und Exporten (die Zuwachsraten verlangsamen sich deutlich), niedrige Löhne und damit eine Inlandsnachfrage, die auf Krediten beruht, sowie eine Weltwirtschaft, die seit zwei Jahren am Rand einer Krise entlangbalanciert. Eine gefährliche Mischung.

Establishment in der Krise

Eine Abschwächung des Wirtschaftsaufschwungs wird die ohnehin ständig wachsende politische Krise noch vertiefen. Ein Skandal jagt den anderen – zwei große Steuerhinterziehungsfälle, in die über 100 Politiker und Unterneh-

mer verwickelt sind, gefolgt von einem Abgeordneten der Regierungspartei Fianna Fail, dessen Schulden (mehr als neun Millionen Schilling) von der Bank einfach gestrichen wurden, um die Regierung zu stützen. Wäre er bankrott gegangen, hätte er zurücktreten müssen – und die Regierung hätte ihre Mehrheit im Parlament verloren. Das Vertrauen in Regierung und Staat nähert sich dem Nullpunkt. Auch das irische Modell der "Sozialpartnerschaft" (Partnership 2000) ist in der Krise: Die zunehmende Anzahl von Streiks macht das Unbehagen der ArbeitnehmerInnen deutlich.

Nord-Irland

Nach Jahrzehnten der bewaffneten Auseinandersetzungen wird nun seit dem Karfreitagsabkommen zwischen den verschiedenen Gruppen – dem britischen Staat, den Unionisten, den Republikanern – verhandelt. In den letzten Monaten sind die Spannungen zwischen Katholiken und Protestanten systematisch geschürt worden. Deutlich ist aber auch, dass v.a. die ArbeitnehmerInnen nicht wieder zurück wollen zu jenen Jahren der Kämpfe. Hier liegt letztlich auch der Schlüssel für eine dauerhafte Lösung. Die Alternative: Zustände wie in Bosnien oder im Kosovo.



Pflegepersonalstreik in Irland

Aber auch jedes absehbare Verhandlungsergebnis wird höchstens die Bedürfnisse von Teilen der Bevölkerung befriedigen. Eine Kraft steht für den gemeinsamen Kampf aller ArbeitnehmerInnen: Die Socialist Party (SP).

Die SP ist in den letzten Jahren v.a. durch ihre Arbeit gegen Wassertarife, Niedrigstlöhne, für das Recht auf Abtreibung und gegen die Sozialpartnerschaft aufgefallen. Dass sie von vielen ArbeitnehmerInnen als ihre Partei gesehen wird, zeigt sich nicht nur darin, dass SP-Mitglied Joe Higgins ins irische Parlament gewählt wurde, sondern auch am Aufschwung der gesamten SP, der auf ihrem Kongress deutlichen Ausdruck fand!

Schulstreik GEGEN die FPÖ

Der FPÖ muß jetzt breiter Widerstand auf der Straße entgegen gesetzt werden. Wir von Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) haben einen Schulstreik im Falle einer drohenden FPÖ-Regierungsbeteiligung geplant und eine Kampagne unter dem Motto „Keine Gnade für FPÖ & Rassismus!“ gestartet.

Fabian Linzberger
JRE, SOV Wien West

Eine FPÖ-Regierungsbeteiligung ist wahrscheinlicher als je zuvor. Doch die etablierten Parteien und Organisationen denken bereits mehr darüber nach, wie sie mit der FPÖ leben können, als darüber, wie sie bekämpft werden kann. Gleichzeitig fühlen sich viele Jugendliche und ArbeitnehmerInnen durch die Stärkung der FPÖ bedroht und fragen sich, was passieren müßte, um den Aufstieg Haider's endlich zu stoppen.

Berlusconi, Bossi, Fini, you'll end up like Mussolini!

In Italien wurde die rechte Berlusconi-Regierung nach relativ kurzer Zeit durch Massendemonstrationen und eine Streikwelle gestürzt, ihre Sparmaßnahmen damit verhindert.

Gefragt ist also offensichtlich Eigeninitiative, denn das sozialpartnerschaftliche Konzept „bringt uns eure Probleme und wir erledigen das dann für euch“ funktioniert nicht mehr. Um die FPÖ zu stoppen, muß jeder und jede selbst politisch aktiv werden. Selbst in seinem Umfeld mit den Menschen diskutieren, selbst auf die Straße gehen und selbst für seine Interessen aufste-

hen. Wer nicht bereit ist, Haider in der Regierung zu sehen, die/die muß auch etwas gegen ihn tun!

ÖGB schläft

Eigentlich wäre es jetzt an den Gewerkschaften, Massenproteste gegen die FPÖ zu organisieren. Aber: der ÖGB zeigt wie schon in der Vergangenheit keine Initiative, und kündigt erst für den Fall radikaler Kürzungen durch eine Regierung unter FPÖ-Beteiligung Aktionen an. Hier gilt es durch Druck von unten die zurückhaltende Führung zu Protesten zu zwingen. Wenn die Kürzungen jedoch einmal da sind, wird es viel schwerer sein sie wieder rückgängig zu machen, als sie gleich von vornherein zu verhindern. Es ist offensichtlich, für welche Politik die FPÖ steht, wir müssen sie stoppen noch bevor sie eine Chance hat, in die Regierung zu kommen!

Jugend für Haider???

Ein anderer Punkt ist, dass in den Meinungsumfra-

konnte, dass sie damit eine Partei der Jugend sei. Als Schüler weiß ich aus meinem Umfeld, bewusstsein ein Großteil der Jugendlichen mit Sicherheit nicht auf der Seite der

demonstrierten am Höhepunkt einer Bewegung gegen Einsparungen im Bildungsbereich eine halbe Million Schüler und SchülerInnen. Die Regierung war gezwungen mehr LehrerInnen einzustellen und die Klassen-schülerInnenhöchstzahl zu senken.

Selbst aktiv werden!

Aber auch in Österreich gab es letzten Herbst eine Demonstration von 5000 SchülerInnen aus ganz Wien. Wir waren damals mit der SchülerInnenaktionsplattform (SAP) erfolgreich gegen die Einsparungen bei den Schulveranstaltungen. Diesmal gilt es den Unmut gegen die FPÖ und die Kapitulation der großen Koalition vor ihrem Rassismus zu mobilisieren. Und zwar so breit wie möglich. Wir nehmen deshalb an der Demonstration am 12. 11. unter dem Motto „Keine Koalition mit dem Rassismus“ teil und organisieren einen eigenen Jugendtreffpunkt (siehe Bild).

Für den Fall einer drohenden FPÖ-Regierungsbeteiligung ist uns das aber noch nicht genug. Sollte diese Bedrohung akut werden, dann werden wir einen wienweiten Schulstreik organisieren. Diesmal gilt es zu zeigen, was die Jugend wirklich von Haider und seiner Politik hält und wie auch die Gewerkschaften und andere Bereiche auf die rechte Offensive reagieren sollten. Keine Gnade für FPÖ & Rassismus!

Keine
Koalition
mit dem
Rassismus
!

Jugendtreffpunkt 12.11. 15 Uhr Uni Wien

gen immer wieder betont wird, dass die FPÖ unter den JungwählerInnen überdurchschnittlich gut abschnitten

FPÖ steht, sondern bereit ist, gegen sie Aktionen zu setzen.

Wie radikal und kampfbereit die Jugend auftreten kann, hat sie letzten Herbst in Frankreich bewiesen. Dort

- Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn öS 13.000.- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit – sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungs-

was
wir
wollen

- bereich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der SpekulantInnen!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung – Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechts-Extremismus und den rassistischen

- Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechts-extrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeit-

- nehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zur Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.

- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.